



Aktion «Lohngleichheit jetzt!»

Übergabe Unia-Vernehmlassungsantwort und Appell an den Bundesrat
Bern, 2. März 2016

Lohngleichheit: Keine halben Sachen!

Corinne Schärer, Mitglied der Geschäftsleitung Unia

Liebe Frauen und solidarische Männer
Liebe Vertreterinnen und Vertreter der Medien

Die Lohngleichheit bewegt die Frauen in der Arbeitswelt. Seit 1981, seit 35 Jahren (!), steht der Grundsatz «gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit» in der Verfassung. Der Anspruch ist bis heute nicht eingelöst. Im Durchschnitt verdienen Frauen immer noch 15,1 Prozent weniger als Männer. Das sind jeden Monat mehrere Hundert Franken, die den Frauen im Portemonnaie fehlen. Das wiegt schwer. Schwer wiegt auch die grosse Ungerechtigkeit und die Botschaft an die Frauen, dass ihre Arbeit weniger wert ist als diejenige der Männer.

Das ist unbegreiflich. Viele junge Frauen erleben heute in der Ausbildung keine grossen Ungleichheiten mehr. Da hat sich einiges zum Besseren verändert. Umso brutaler ist das Erwachen, wenn sie ihre erste Stelle antreten und herausfinden, dass sie bis zu einem Drittel weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen. Je besser ausgebildet, desto grösser ist der Lohnunterschied. Es ist eine Frechheit.

In traditionellen Rollenbildern verhaftet

Ich werde immer wieder gefragt, was der Grund dafür ist. Ich bin fest davon überzeugt, dass es in erster Linie das traditionelle Rollenbild ist, das sich in den Köpfen der Vorgesetzten und Personalverantwortlichen festgesetzt hat. Die Arbeit von Frauen wird auch im 21. Jahrhundert für weniger voll genommen, weil viele davon ausgehen, dass frau nicht den sogenannten «Ernährerlohn» verdienen muss. Denn die Frauen werden als potentielle Mütter wahrgenommen. In dieser Vorstellung verlassen die Mütter nach der Geburt entweder das Unternehmen wieder oder sie arbeiten danach Teilzeit und sind nicht voll präsent. Daher zählt ihre Arbeitsleistung nicht gleich viel wie die der Männer – auch wenn diese Väter sind. Diese Rollenzuschreibung empört die Frauen, vor allem auch die jungen Frauen, sehr und zu recht. Die Arbeitsleistung soll zählen und nicht die Rolle als mögliche Mutter. Für gleichwertige Arbeit ist der gleiche Lohn zu bezahlen, so steht es in der Verfassung und seit 1996 im Gleichstellungsgesetz.

Es braucht Kontrollen und Sanktionen

20 Jahre Gleichstellungsgesetz machen deutlich: das Gesetz ist gut gemeint, reicht aber nicht aus. Es weist entscheidende Lücken auf, die jetzt geschlossen werden müssen. 20 Jahre Freiwilligkeit haben gezeigt, dass die Unternehmen ihre Verantwortung nicht wahrnehmen. Darum müssen die Arbeitgeber jetzt dazu verpflichtet werden, ihre Löhne regelmässig zu überprüfen und wenn nötig

die Frauenlöhne anzupassen. Machen sie das nicht, dann müssen sie sanktioniert werden. Entweder erhalten sie eine saftige Busse oder sie werden vor Gericht eingeklagt. Die Gegner von Lohnüberprüfungen und Lohntransparenz behaupten, wir wollten eine Lohnpolizei installieren. Das ist lächerlich. Für jede gesetzliche Bestimmung braucht es eine Sanktion, wenn sie nicht eingehalten wird. Darum bezahlt der Autofahrer, der bei Rot über die Ampel fährt, eine saftige Busse. Das ist ganz normal in unserem Rechtsstaat. Das gleiche muss bei der Lohngleichheit gelten. Wer das Gesetz nicht einhält und den Frauen zu wenig bezahlt, der muss gebüsst werden. Dazu braucht es Kontrollen.

Ein Schritt in die richtige Richtung, aber ungenügend

Der Bundesrat hat eingesehen, dass das Gleichstellungsgesetz geändert werden muss. Bundesrätin Simonetta Sommaruga hat das Heft in die Hand genommen und eine Revision des Gesetzes angestossen. Der Bundesrat schlägt vor, dass die Unternehmen alle vier Jahre ihre Löhne überprüfen müssen. Eine externe Stelle muss dann bestätigen, dass sie das korrekt gemacht haben. Das ist gut, aber der Bundesrat bleibt auf halber Strecke stehen: Er verlangt nicht, dass das Resultat der Lohnüberprüfung im Betrieb bekannt gemacht werden muss. Und so wissen die Frauen nicht, was Sache ist. Und der Bundesrat verlangt auch nicht, dass die Löhne der Frauen angepasst werden müssen, falls die Frauen diskriminiert werden. Das reicht nicht.

Übermorgen geht die Vernehmlassung zu Ende. Darum stehen wir heute da, denn wir wollen keine halben Sachen. Wir fordern den Bundesrat auf, die Vorlage nochmals gut zu prüfen und dem Parlament einen Vorschlag vorzulegen, der den Namen «Lohngleichheit umsetzen» verdient.

Die Unia hat am Tag der Eröffnung der Vernehmlassung Anfang Dezember einen Film zur Lohngleichheit und eine Unterschriftensammlung für einen Appell an den Bundesrat auf Facebook lanciert. Der Film stiess auf unerwartet grosses Interesse und erhielt bereits weit über 100'000 Klicks sowohl auf Deutsch als auch auf Französisch. Wir übergeben dem Bundesrat heute unsere Vernehmlassungsantwort mit den Unterschriften des Appells im Namen der Unia und all jener, die den Appell unterschrieben haben und damit klar zum Ausdruck bringen, dass sie vom Bundesrat mehr Mut und Tatkraft erwarten.

Wir danken dem Bundesrat schon jetzt für sein Engagement zur Verwirklichung der Lohngleichheit – es ist überfällig!

Darum: Keine halben Sachen – Lohngleichheit jetzt!